

Entwicklungsprojekte in Zentralmindanao befinden sich in einem dreifachen Dilemma: Wie sollen sie Unterstützung leisten, während sie noch an strategischen Programmen arbeiten müssen? Wie sollen sie vermeiden, an der falschen Stelle dauerhaft Hilfe zu leisten und die Evakuierten somit zu verleiten, nicht nach Hause zurückzukehren? Wie sollen sie dazu beitragen, die Region für öffentliche oder private Investitionen attraktiv zu machen? Leider hat der Konflikt ja Hürden für solche Investitionen geschaffen.

Auswirkungen auf Friedensbemühungen vor Ort

Seitdem der Konflikt zwischen Regierung und MILF eskaliert ist, haben sich die Beziehungen innerhalb der Gemeinden und Gemeinschaften verändert. Der Krieg hat einen Keil in die zuvor freundschaftlichen Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen getrieben. Dabei hat er die gewachsenen Formen der Konfliktbewältigung vor Ort beschädigt, wenn nicht sogar zerstört — wie auch die örtliche Recht-

sprechung und Friedensbemühungen.

Als die Feindseligkeiten eskalierten, erlitt das Zusammenleben und die Friedensbemühungen in den Gemeinden einen schweren Rückschlag. Bewaffnete beider Seiten verübten Grausamkeiten an Zivilisten. Sie verstärkten dadurch ethnische Spannungen und verfestigten den Teufelskreis der Gewalt. Mittlerweile ist es so weit gekommen, dass christliche Friedensbefürworter als »proislamisch« oder »pro-MILF« angesehen werden.

Die Bewaffneten und ihre Bewaffnung — Die Kriegsparteien

Armed Forces of the Philippines (AFP): Die AFP sind 106.500 Mann stark. Von ihnen gehören 68.000 dem Heer an, 23.000 der Marine (inklusive 8.400 Marineinfanteristen und 2.000 Angehörige der Küstenwache) und 15.000 der Luftwaffe. Hinzu kommen 128.000 Reservisten. Nicht mitgezählt sind hier 13 Regionalkommandos der philippinischen Nationalpolizei, die dem Innenministerium unterstehen.

MILF und Bangsa Moro Islamic Forces (BIAF): Die von Hashim Salamat geführte MILF hat ihre Wurzeln in der Moro National Liberation Front (MNLF). Sie wurde als die »Neue MNLF« etabliert, bevor sie sich selbst MILF nannte. Ursprünglich war sie auf Maguindanao begrenzt gewesen, hatte allmählich jedoch andere islamische ethnische Gruppen in sich aufgenommen, darunter die Tausugs, Yakans, Maranaos und Iranuns, auch frühere MNLF-Kämpfer.

Die BIAF hat eine geschätzte Stärke von 15.000 Bewaffneten — bis heute bei weitem die größte militärische Aufstandsbewegung in den Philippinen. Sie wird durch bewaffnete Zivilisten verstärkt, die schnell zu den Waffen gerufen werden können. So geschehen, als Hashim Salamat in Reaktion auf die Offensive der Regierung den Jihad ausgerufen hat. Im Rahmen des Jihad verlieren andere Momente, z.B. ethnische Unterschiede, an Bedeutung, um eine gemeinsame Verteidigungsfront gegenüber nicht-islamischen Gruppen zu stärken. Auch wenn genaue Angaben nicht vorliegen, lässt sich doch feststellen, dass die MILF in der Lage ist, Kindersoldaten zu mobilisieren.

AFP in der Offensive

Um die gestiegenen Verteidigungsausgaben zu rechtfertigen, wies Verteidigungsminister Angelo Reyes Mitte Oktober darauf hin, dass sich die philippinischen Streitkräfte (AFP) auf dem Kriegspfad befinden und zur Offensive übergehen werden.

42,4 Milliarden Pesos (800 Millionen Euro) sollen dem Verteidigungsministerium im Haushaltsjahr 2003 regulär zur Verfügung stehen — knapp zehn Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der Sold angehoben und zusätzlich 7.000 Soldaten neu angeworben werden sollen, zum anderen auf die umstrittenen *Balikatan*-Manöver mit den USA, die die philippinischen Steuerzahler/innen

knapp eine Milliarde Pesos (18,8 Milliarden Euro) kosten.

Die größte Gefahr für die innere Sicherheit des Landes sieht Reyes in der *New People's Army* (NPA), dem bewaffneten Arm der Kommunistischen Partei (CPP) mit ihren 10.000 Kämpfer/innen, sowie in der *Moro Islamic Liberation Front*, (MILF), die über mehr als 12.000 Kämpfer verfügt, und in anderen islamischen Gruppierungen.

1,4 Milliarden Pesos (= 26,4 Millionen Euro) sind für paramilitärische Gruppierungen vorgesehen; laut Reyes sind diese — verglichen mit regulären Soldaten — die kostengünstigere Variante. Ihre derzeit knapp 53.000 Mitglieder sind, verteilt auf 25 verschiedene Kompanien, in

insgesamt 14 Provinzen aktiv. Weitere 10.000 sollen im kommenden Jahr angeworben werden.

Häufig werden diese paramilitärischen Einheiten mit schweren Menschenrechtsverletzungen, sogar politisch motivierten Attentaten, in Verbindung gebracht.

Zum Vergleich: Im neuen Haushaltsplan ist das Budget für Verteidigung dreimal mehr gestiegen als das Bildungsbudget.

Übersetzung: Heike Aurin

Stark gekürzte Fassung eines Artikels, der am 14.10.2002 in *Bulatlat.Com* erschienen ist.